



# Newsletter

## DIHK Steuern | Finanzen | Mittelstand



### Liebe Leserinnen und Leser,

es wurde lange und intensiv diskutiert: Das Steuerfortentwicklungsgesetz. Am Anfang beeindruckten nicht nur der mal wieder einfallsreiche Titel des neuen Gesetzes, sondern durchaus auch einige ursprünglich darin enthaltene Maßnahmen, die positive Anreize für mehr Investitionen versprachen. Es sollten schnellere Abschreibungsmöglichkeiten kommen und eine Streichung ökonomisch unsinniger Begrenzungen bei der Verlustverrechnung. Das alles fiel dem Ende der Ampelkoalition zum Opfer. Wir berichten über das, was jetzt noch umgesetzt wurde und zumindest einige der vielen Selbständigen, Einzelunternehmen und kleinen mittelständischen Betriebe steuerlich entlasten dürfte. Wir berichten ferner über den Abschluss des Bundeshaushalts 2024, bei dem der Anteil der Kreditfinanzierung am BIP letztlich 2,6 Prozent betrug – und damit etwa auf dem Vorjahresniveau abschloss und in diesem Punkt die Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wirtschaftspakts einhielt.

Ferner berichten wir über eine Umfrage von Bitkom bei den 27 in Deutschland ansässigen Unicorns. Nur die Hälfte der Unicorns würden wieder in Deutschland gründen. Knapp ein Viertel der Befragten würde sich jetzt für die USA entscheiden. Da besteht offenbar dringender Handlungsbedarf. Helfen würde, Bürokratie abzubauen, um schneller in Märkten Fuß fassen zu können. Das zeigt wieder einmal: Deutschland hat weniger ein Problem bei der Identifikation seiner Probleme, es mangelt vielmehr an einer konsequenten Umsetzung von geeigneten Maßnahmen. Dass man eine Agenda schnell umsetzen kann, sehen wir gerade in den USA. Zwar sind viele der von der neuen Administration angekündigten Maßnahmen noch nicht beschlossen, aber es zeichnen sich deutliche Veränderungen ab. Präsident Trump unterzeichnete bereits erste steuerliche Dekrete, in denen er eine Aussetzung von internationalen Vereinbarungen ankündigte.



Viel Freude bei der Lektüre!

Rainer Kambeck  
Bereichsleiter Wirtschafts- und Finanzpolitik Mittelstand

## Inhalt

### Aktuelle Steuerpolitik und Steuerrecht

- ▶ ifo skizziert Vorschläge für grundlegende Steuer- und Abgabenreform
- ▶ Bundestag und Bundesrat verabschieden Steuerfortentwicklungsgesetz „Light“

### Aktuelle Haushaltspolitik

- ▶ Der Blick über die Grenze: Italiens Ringen um den Haushalt 2025
- ▶ Der Blick über die Grenze: Niederlande
- ▶ Defizitquote des Staates bleibt mit 2,6 Prozent auf Vorjahresniveau

- ▶ Wegfall der Inflationsausgleichsprämie und anschließende Lohnerhöhung

### Internationale und Europäische Steuerpolitik

- ▶ US-Steuerpolitik vor der Zäsur

### Mittelstand

- ▶ Insolvenzen: Trübe Aussichten auch für 2025
- ▶ Bitkom-Umfrage unter Unicorns: Nur die Hälfte würde wieder in Deutschland gründen

## Aktuelle Steuerpolitik und Steuerrecht

### ifo skizziert Vorschläge für grundlegende Steuer- und Abgabenreform



©SEAN GLADWELL / Moment / Getty Images

#### ifo schlägt Unternehmensteuer von 25 Prozent vor

Noch im Jahr 2024 hat das ifo Institut in seinem Forschungsbericht Elemente einer grundlegenden Reform für das Steuer- und Abgabensystem in Deutschland skizziert, und damit Maßnahmen beschrieben, die angezeigt wären, um die Überwindung der wirtschaftlichen Schwäche in Deutschland zu unterstützen.

[Mehr erfahren](#)



### Bundestag und Bundesrat verabschieden Steuerfortentwicklungsgesetz „Light“



©JOHN MACDOUGALL / Kontributor / AFP / Getty Images

## (Lohn-)steuerliche Folgen

Das Steuerfortentwicklungsgesetz (SteFeG) wurde im Eilverfahren am 19. Dezember vom Bundestag und am 20. Dezember 2024 vom Bundesrat in "abgespeckter Form" verabschiedet.

[Mehr erfahren](#)



## Aktuelle Haushaltspolitik

### Der Blick über die Grenze: Italiens Ringen um den Haushalt 2025



©Mehmet Keskin / iStock / Getty Images Plus

#### Europäische Vorgaben verlangen Reduzierung des Defizits

Kurz vor dem Jahreswechsel hat das italienische Parlament den Haushalt 2025 endgültig verabschiedet. Ein hohes strukturelles Defizit und eine immense Staatsverschuldung bleiben auf der Tagesordnung.

[Mehr erfahren](#)



### Der Blick über die Grenze: Niederlande



©Kypros / Moment / Getty Images

#### Haushaltsdisziplin hat gesellschaftlich einen hohen Stellenwert

Bereits im Herbst 2024 haben die Niederlande ihren Haushalt für das Jahr 2025 verabschiedet. Auch die Niederlande haben weiter mit einem geringen Wirtschaftswachstum zu kämpfen, so dass der Haushalt in diesem Jahr ein Defizit aufweist, das allerdings innerhalb der Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes bleibt.

[Mehr erfahren](#)



### Defizitquote des Staates bleibt mit 2,6 Prozent auf Vorjahresniveau



©urbazon / iStock / Getty Images Plus

## Referenzwert des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird eingehalten

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2024 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit von 113 Milliarden Euro. Das waren etwa 5,5 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2023.

[Mehr erfahren](#)



## Wegfall der Inflationsausgleichsprämie und anschließende Lohnerhöhung



©ronstik / iStock / Getty Images Plus

### Praxisfreundliche Auslegung der Finanzverwaltung

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) nimmt zum Verhältnis zwischen dem Auslaufen der Inflationsausgleichsprämie und einer nachfolgenden Lohnerhöhung Stellung.

[Mehr erfahren](#)



## Internationale und Europäische Steuerpolitik

### US-Steuerpolitik vor der Zäsur



©Burazin / The Image Bank / Getty Images

### Welche Reformvorhaben Präsident Trump bislang verkündet hat

Am 20. Januar 2025 wurde Donald J. Trump als 47. Präsident der USA in sein Amt eingeführt. Bereits während des Wahlkampfes hatte er eine Entlastung von privaten Haushalten und eine durchgreifende Absenkung der Unternehmensteuerbelastung in Aussicht gestellt. Ziel ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Investitionsstandortes USA auszubauen und die Technologieführerschaft in Schlüsselbereichen zu forcieren.

[Mehr erfahren](#)



## Insolvenzen: Trübe Aussichten auch für 2025



©DinaSigtrix / iStock / Getty Images Plus

### DIHK fordert schnelle Entlastungen für Betriebe

Der Negativtrend bei den Firmenpleiten hält an: Auch im Oktober gab es in Deutschland wieder zweistellige Zuwachsraten. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) rechnet entsprechend auch für 2025 mit über 20.000 Unternehmensinsolvenzen.

[Mehr erfahren](#)



## Bitkom-Umfrage unter Unicorns: Nur die Hälfte würde wieder in Deutschland gründen



©rudall30 / iStock / Getty Images Plus

### Hilfreich wären Bürokratieabbau und erleichterter Eintritt in neue Märkte

Interessante Umfrage des Branchenverbandes Bitkom e. V.: Nur 47 Prozent der Gründerinnen und Gründer von deutschen Unicorns würden aktuell wieder in Deutschland gründen. Knapp ein Viertel (24 Prozent) würde sich für die USA entscheiden, 12 Prozent für ein anderes EU-Land und ebenfalls 12 Prozent würde anderswo auf der Welt gründen. Helfen könnten unter anderem Bürokratieabbau und erleichterter Eintritt in neue Märkte.

[Mehr erfahren](#)



## Gefällt Ihnen unser Newsletter?

Dann [empfehlen Sie ihn weiter](#) oder melden Sie sich [hier](#) an.

[Über uns](#) | [Impressum](#)



Herausgeber:

DIHK | Deutsche Industrie- und Handelskammer

Verantwortlich für die Endredaktion:

Breite Straße 29  
D-10178 Berlin  
Telefon +49 30 20308 2608  
E-Mail [newsletter-wfm@dihk.de](mailto:newsletter-wfm@dihk.de)

Dr. Marc Evers

---